



Budgetvollzug Jänner bis August 2026

Analyse

Grundlage für die Analyse ist folgendes Dokument:

- ♦ Monatserfolg August 2026 sowie Bericht gemäß § 3 Abs. 4 COVID-19-Fondsgesetz (62/BA)



Inhaltsverzeichnis

1	Budgetvollzug im Überblick	3
2	Gesamtstaatliche Haushaltsentwicklung 2026.....	9
3	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	14
3.1	Aktuelle Konjunkturentwicklung	14
3.2	Entwicklung der Verbraucherpreise	19
3.3	Zinsentwicklung	20
3.4	Arbeitsmarktentwicklung	21
	Abkürzungsverzeichnis.....	23
	Tabellen- und Grafikverzeichnis	25



1 Budgetvollzug im Überblick

Im August 2026 setzte sich die bisherige günstige Entwicklung des Budgetvollzugs im Bundeshaushalt fort. Dazu tragen insbesondere die umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen und die konjunkturelle Erholung bei. Deutlich gegenläufig wirkt die weiterhin steigende Arbeitslosigkeit. Der Nettofinanzierungsbedarf von Jänner bis August 2026 ging im Vorjahresvergleich um 1,5 Mrd. EUR auf 11,7 Mrd. EUR zurück. Hohe unterjährige Zahlungsverchiebungen werden aber dazu führen, dass sich insbesondere das Einzahlungswachstum im weiteren Budgetvollzug deutlich verlangsamen und der Nettofinanzierungsbedarf im Vergleich zu 2025 steigen wird. Aus Sicht des Budgetdienstes wird er aber deutlich unter dem BVA 2026 zu liegen kommen.

Tabelle 1: Budgetvollzug Jänner bis August 2026 im Überblick

in Mio. EUR	UG	Monatserfolg, kumuliert				Jahreswerte			
		Jän-Aug 2025	Jän-Aug 2026	Differenz zu Jän-Aug 2025		Erfolg 2025	BVA 2026	Differenz zu Erfolg 2025	
Auszahlungen		78.497	80.731	+2.234	+2,8%	121.469	125.852	+4.383	+3,6%
Finanzierungskosten	58	5.468	6.394	+926	+16,9%	6.823	8.912	+2.089	+30,6%
Auszahlungen ohne Finanzierungskosten		73.029	74.337	+1.308	+1,8%	114.645	116.940	+2.294	+2,0%
Pensionen (exkl. Pflegegeld für Beamtinnen und Beamte und Mittel für Gesundheitsreformfonds)	22, 23	20.771	21.510	+739	+3,6%	32.455	33.363	+907	+2,8%
Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung	20	4.585	5.125	+540	+11,8%	6.821	6.527	-294	-4,3%
Zuschussverträge ÖBB-Infrastruktur AG und Verkehrsdiensteverträge	41	2.407	2.922	+515	+21,4%	3.901	4.508	+606	+15,5%
Ausfallhaftung für Mittel für Gesundheitsreformfonds	22	0	498	+498	-	0	498	+498	-
Überweisung an Gesundheitsreformfonds	24	0	498	+498	-	0	498	+498	-
Kommunalinvestitionsgesetze	44	44	320	+276	+626,5%	212	320	+108	+51,3%
Betrieblicher Sachaufwand	diverse	4.422	4.550	+128	+2,9%	8.321	8.898	+577	+6,9%
Bundespersonal und Landeslehrpersonal	diverse	12.386	12.548	+162	+1,3%	18.654	18.875	+221	+1,2%
Universitäten (exkl. Klinischer Mehraufwand Klinikbauten)	31	3.398	3.456	+58	+1,7%	5.248	5.325	+77	+1,5%
Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld	25	3.876	3.882	+6	+0,2%	5.717	5.729	+12	+0,2%
Investitionstätigkeit in der Landesverteidigung	14	761	623	-138	-18,2%	1.611	1.735	+124	+7,7%
Bildungskarenz	20	296	43	-253	-85,5%	377	0	-377	-100,0%
Gemeindepaket - Finanzzuweisung	44	300	0	-300	-100,0%	300	0	-300	-100,0%
Förderungen	diverse	5.969	5.001	-968	-16,2%	10.508	9.730	-778	-7,4%
Thermisch-energetische Sanierung	43	1.166	340	-825	-70,8%	1.606	684	-923	-57,4%
Wirtschaftsförderung	40	323	104	-220	-68,0%	694	229	-465	-67,0%
weitere Förderungen	diverse	4.480	4.557	+77	+1,7%	8.207	8.817	+610	+7,4%
Sonstige Auszahlungen		13.814	13.363	-451	-3,3%	20.520	20.935	+415	+2,0%
Einzahlungen		65.260	69.012	+3.752	+5,7%	107.100	107.570	+470	+0,4%
Nettoabgaben	16	45.244	46.877	+1.634	+3,6%	73.765	74.323	+559	+0,8%
Guthaben der Steuerpflichtigen		442	995	+553	+125,1%	19	0	-19	-100,0%
Bruttoabgaben ohne Guthaben		74.200	77.090	+2.890	+3,9%	119.718	122.144	+2.426	+2,0%
Abüberweisungen		-29.399	-31.208	-1.810	+6,2%	-45.972	-47.821	-1.849	+4,0%
Einzahlungen in weiteren Untergliederungen	16	20.016	22.134	+2.118	+10,6%	33.335	33.247	-88	-0,3%
Mittel für Gesundheitsreformfonds	24	0	498	+498	-	0	498	+498	-
Aufbau- und Resilienzfähigkeit (RRF)	51	0	325	+325	-	2.138	632	-1.506	-70,4%
Dividenden ÖBAG, Verbund AG	40	1.263	1.577	+314	+24,9%	1.263	1.243	-20	-1,6%
Rückzahlung Darlehen Griechenland	45	0	204	+204	-	156	78	-78	-50,2%
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	20	6.426	6.621	+195	+3,0%	9.822	9.991	+169	+1,7%
Exportförderung	45	268	379	+111	+41,6%	474	389	-85	-18,0%
Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds	25	5.698	5.796	+98	+1,7%	8.847	9.043	+195	+2,2%
Sonstige Einzahlungen		6.361	6.734	+373	+5,9%	10.635	11.374	+740	+7,0%
Nettofinanzierungssaldo		-13.237	-11.719	+1.518	-	-14.369	-18.282	-3.913	-

Abkürzungen: Aug ... August, exkl. ... exklusive, Jän ... Jänner, ÖBAG ... Österreichische Beteiligungs AG, UG ... Untergliederung.

Quellen: Monatsbericht August 2026, budget.gv.at, eigene Berechnungen.



Auszahlungsentwicklung

Im **August 2026** verzeichneten die Auszahlungen einen moderaten Zuwachs von 1,1 % gegenüber dem August 2025. Der Zuwachs betraf vor allem die Finanzierungskosten, den Personalaufwand insbesondere im Bildungsbereich sowie die Zuschussverträge an die ÖBB-Infrastruktur AG und die Verkehrsdiensteverträge. In einigen anderen Bereichen (z. B. in den Bereichen Pflege, grüne Transformation und Landwirtschaft) kam es zu Minderauszahlungen, wobei diese zumindest teilweise auf Zahlungsverchiebungen zurückzuführen waren.

Im gesamten Zeitraum **Jänner bis August 2026** stiegen die Auszahlungen im Vergleich zum Vorjahr um 2.234 Mio. EUR bzw. 2,8 %. Bereinigt um die gestiegenen Finanzierungskosten nahmen die Auszahlungen um 1.308 Mio. EUR bzw. 1,8 % zu.

- ♦ Die Auszahlungen für **Pensionen** (exkl. Pflegegeld für Beamtinnen und Beamte und Mittel für Gesundheitsreformfonds) stiegen im Vorjahresvergleich um 739 Mio. EUR bzw. 3,6 %. Zuletzt wirkte sich die gute Einnahmenentwicklung der Pensionsversicherungsträger günstig auf den Budgetvollzug aus, auch die moderate Pensionserhöhung 2026 dämpft die Auszahlungen. Gegenläufig wirken vor allem die demografische Entwicklung und die steigenden Durchschnittspensionen.
- ♦ Die Auszahlungen für **Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung** (+540 Mio. EUR) verzeichneten wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der höheren durchschnittlichen Tagsätze kräftige Zuwächse.
- ♦ Der neu geschaffene **Gesundheitsreformfonds** erhöhte die Auszahlungen um insgesamt 995 Mio. EUR und die Einzahlungen um 498 Mio. EUR, sodass sich der Saldo des Bundes dadurch um 498 Mio. EUR verschlechterte.
- ♦ Weitere **größere Auszahlungsanstiege** betrafen die Auszahlungen für Zuschussverträge mit der ÖBB-Infrastruktur AG und die Verkehrsdiensteverträge (+515 Mio. EUR), das Bundespersonal und das Landeslehrpersonal (+162 Mio. EUR) sowie die Kommunalinvestitionsgesetze (KIG; +276 Mio. EUR). Letzteren steht der Entfall der im Vorjahr einmalig geleisteten Finanzaufweisung an die Gemeinden (-300 Mio. EUR) gegenüber.



- ♦ Die Auszahlungen für **Förderungen** sanken im Vorjahresvergleich um 968 Mio. EUR. Der Rückgang betraf hauptsächlich die thermisch-energetische Sanierung (-825 Mio. EUR) und die Wirtschaftsförderungen (-220 Mio. EUR), wobei bei letzteren der Rückgang aus dem Auslaufen der Investitionsprämie und des Handwerkerbonus resultierte.
- ♦ Zu weiteren **größeren Auszahlungsrückgängen** kam es bei der Bildungskarenz (-253 Mio. EUR) und der Investitionstätigkeit in der Landesverteidigung (-138 Mio. EUR). Der Rückgang der sonstigen Auszahlungen betraf vor allem den ausgelaufenen Stromkostenzuschuss (-242 Mio. EUR) und die Sonderzuwendungen gemäß Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz (LWA-G; -123 Mio. EUR).

Der bisherige Budgetvollzug deutet auf eine **Unterschreitung der veranschlagten Auszahlungen** hin. Zu einer Voranschlagsunterschreitung dürfte es insbesondere bei den Finanzierungskosten sowie in der UG 23-Pensionen – Beamtinnen und Beamte und in der UG 44-Finanzausgleich kommen. Auch in einigen weiteren Untergliederungen kann es bei einem strikten Budgetvollzug zu Unterschreitungen kommen. Eine deutliche Voranschlagsüberschreitung zeichnet sich in der UG 20-Arbeit ab, auch in der UG 24-Gesundheit werden die Auszahlungen voraussichtlich höher als budgetiert sein.

Einzahlungsentwicklung

Die Einzahlungen verzeichneten im **August 2026** einen kräftigen Zuwachs von 877 Mio. EUR bzw. 7,6 % und verstärkten damit die bisherige Einzahlungsdynamik. Der Anstieg betraf vor allem die UG 16-Öffentliche Abgaben infolge eines kräftigen Zuwachses bei den Bruttoabgaben. Dieser betraf zum Teil die Abgabenguthaben, aber auch bei weiteren Abgaben kam es im August zu deutlichen Zuwächsen. Bei den Abüberweisungen standen im August etwas geringeren Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden ein höherer Beitrag der Europäischen Union (EU) und höhere Überweisungen nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (GSBG) gegenüber. Zu weiteren Mehreinzahlungen im August 2026 kam es bei den Gerichtsgebühren in der UG 13-Justiz und bei den EU-Fonds in der UG 51-Kassenverwaltung.



Im gesamten Zeitraum **Jänner bis August 2026** stiegen die Einzahlungen im Vergleich zum Vorjahr um 3.752 Mio. EUR bzw. 5,7 %. Die Einzahlungen aus Nettoabgaben nahmen um 1.634 Mio. EUR zu, wobei höheren Einzahlungen aus Bruttoabgaben auch höhere Abüberweisungen gegenüberstanden (siehe unten). Weitere Mehreinzahlungen betrafen neben den Mitteln für den Gesundheitsreformfonds (+498 Mio. EUR) die Einzahlungen aus der fünften Tranche aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (+325 Mio. EUR), die Dividenden der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) und der Verbund AG (+314 Mio. EUR) sowie die Rückzahlung aus dem bilateralen Griechenland-Darlehen (+204 Mio. EUR). Auch bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung (+195 Mio. EUR), zum Familienlastenausgleichsfonds (+98 Mio. EUR) und im Zusammenhang mit der Exportförderung (+111 Mio. EUR) kam es zu Mehreinzahlungen.

Die im **BVA 2026** veranschlagten Einzahlungen werden aus derzeitiger Sicht deutlich überschritten werden. Dabei ist insbesondere in der UG 40-Wirtschaft (v. a. Dividenden) und in der UG 45-Bundesvermögen (v. a. Rückzahlung des Griechenland-Darlehens, Exportförderung) mit einer Voranschlagsüberschreitung zu rechnen. Auch in der UG 16-Öffentliche Abgaben dürfte der BVA 2026 leicht überschritten werden. Zu Mindereinzahlungen wird es in der UG 43-Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft wegen geringerer Erlöse aus Emissionszertifikaten kommen.

Abgabenentwicklung Jänner bis August 2026

Der August ist ein Vorauszahlungsmonat und daher insbesondere für die Entwicklung der Körperschaftsteuer und der Veranlagten Einkommensteuer von Bedeutung. In der nachstehenden Tabelle wird die Entwicklung der Bruttoabgaben und Abüberweisungen im Überblick dargestellt:



Tabelle 2: UG 16-Öffentliche Abgaben

<i>in Mio. EUR</i>	Jän-Aug 2025	Jän-Aug 2026	Differenz zu Jän-Aug 2025		Erfolg 2025	BVA 2026	Differenz zu Erfolg 2025	
Öffentliche Abgaben - Brutto	74.642	78.085	+3.443	+4,6%	119.737	122.144	+2.407	+2,0%
Guthaben der Steuerpflichtigen	442	995	+553	+125,1%	19	0	-19	-100,0%
Öffentliche Abgaben - Brutto ohne Guthaben der Steuerpflichtigen	74.200	77.090	+2.890	+3,9%	119.718	122.144	+2.426	+2,0%
Einkommen- und Vermögensteuern	36.585	38.045	+1.460	+4,0%	62.460	62.492	+32	+0,1%
Veranlagte Einkommensteuer	1.455	1.611	+156	+10,7%	5.095	4.600	-495	-9,7%
Lohnsteuer	24.574	25.391	+818	+3,3%	37.833	38.900	+1.067	+2,8%
Kapitalertragsteuern	3.835	4.182	+347	+9,0%	6.706	5.700	-1.006	-15,0%
Kapitalertragsteuer auf Dividenden	2.551	2.246	-305	-11,9%	3.739	-	-	-
Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge	1.284	1.935	+652	+50,8%	2.967	-	-	-
Körperschaftsteuer	6.479	6.401	-78	-1,2%	11.860	12.500	+640	+5,4%
Energiekrisenbeitrag	35	-7	-41	-	367	200	-167	-45,5%
Stabilitätsabgabe	133	149	+15	+11,4%	205	210	+5	+2,2%
Stabilitätsabgabe - Sonderzahlung gemäß BSMG 2025	0	226	+226	-	301	300	-1	-0,3%
Stiftungseinkommenssteuer	47	63	+16	+34,8%	54	40	-14	-26,4%
Weitere Einkommen- und Vermögensteuern	29	29	+0	+1,5%	38	42	+4	+9,4%
Verbrauch- und Verkehrsteuern (inklusive CO₂-Bepreisung)	37.104	38.402	+1.298	+3,5%	56.424	58.652	+2.227	+3,9%
Umsatzsteuer	26.573	27.554	+981	+3,7%	40.177	41.800	+1.623	+4,0%
Tabaksteuer	1.450	1.499	+49	+3,4%	2.170	2.300	+130	+6,0%
Mineralölsteuer	2.439	2.375	-64	-2,6%	3.687	3.700	+13	+0,3%
Nationaler Emissionszertifikatehandel	1.048	1.211	+163	+15,6%	1.417	1.644	+227	+16,1%
Energieabgaben	595	415	-180	-30,3%	922	875	-47	-5,1%
Normverbrauchsabgabe	358	297	-61	-17,1%	519	500	-19	-3,6%
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.737	1.793	+56	+3,2%	2.902	2.950	+48	+1,6%
Grunderwerbsteuer	829	1.006	+177	+21,4%	1.304	1.500	+196	+15,0%
Glücksspielgesetz	493	627	+134	+27,2%	825	821	-5	-0,6%
Digitalsteuer	87	108	+22	+24,8%	137	140	+3	+2,1%
Weitere Verbrauch- und Verkehrsteuern	1.496	1.518	+22	+1,5%	2.363	2.422	+59	+2,5%
Gebühren, Bundesverwaltungsabgaben, sonstige Abgaben	511	643	+132	+25,9%	834	1.000	+167	+20,0%
Abüberweisungen	-29.399	-31.208	-1.810	+6,2%	-45.972	-47.821	-1.849	+4,0%
Finanzausgleich Abüberweisungen I	-23.859	-25.185	-1.326	+5,6%	-37.546	-38.319	-773	+2,1%
Ertragsanteile an Gemeinden	-8.834	-9.440	-606	+6,9%	-13.755	-14.203	-449	+3,3%
Ertragsanteile an Länder	-13.844	-14.573	-729	+5,3%	-21.359	-21.696	-337	+1,6%
Weitere Finanzausgleich Abüberweisungen I	-1.181	-1.171	+10	-0,8%	-2.432	-2.420	+12	-0,5%
Sonstige Abüberweisungen I	-3.381	-3.543	-162	+4,8%	-5.188	-5.422	-234	+4,5%
Beitrag zur Europäischen Union	-2.143	-2.465	-323	+15,1%	-3.151	-4.000	-849	+27,0%
Entlastungen Carbon Markets	-15	-15	+1	-3,8%	-87	-80	+7	-8,3%
Öffentliche Abgaben - Netto	45.244	46.877	+1.634	+3,6%	73.765	74.323	+559	+0,8%

Abkürzungen: Aug ... August, BSMG 2025 ... Budgetsanierungsmaßnahmengesetz 2025, Jän ... Jänner.

Budgetvisualisierung des Budgetdienstes: [Budgetvollzug Öffentliche Abgaben](#).

Quellen: Monatsbericht August 2026, [budget.gv.at](#), eigene Berechnungen.

Das Aufkommen aus Bruttoabgaben war im **August 2026** um 5,7 % bzw. 715 Mio. EUR höher als im August 2025. Etwas mehr als die Hälfte des Zuwachses ist auf höhere Guthaben der Steuerpflichtigen zurückzuführen. Signifikante Anstiege verzeichneten im August außerdem die Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge (v. a. Wertpapierzuwachssteuer), die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Grunderwerbsteuer. Bei den Abüberweisungen kamen gegenläufige Effekte zum Tragen, sodass der Anstieg der Nettoabgaben in etwa jenem der Bruttoabgaben entsprach.



Im gesamten Zeitraum **Jänner bis August 2026** belief sich das Aufkommen aus Bruttoabgaben auf 78,1 Mrd. EUR und war damit um 4,6 % höher als im Vergleichszeitraum 2025. Bereinigt um die gestiegenen Abgabenguthaben betrug der Anstieg 3,9 %. Die anziehende Konjunktur und die hohe Inflation stützen die Abgabentwicklung und auch die umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen führen zu Mehreinnahmen. Gegenläufig wirken einige Offensivmaßnahmen, wie die temporäre Senkung der Elektrizitätsabgabe und der Mineralölsteuer. Mit der Senkung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel wird sich der dämpfende Effekt der Offensivmaßnahmen im weiteren Budgetvollzug bis Jahresende noch verstärken. Bei der Sonderzahlung zur Stabilitätsabgabe erfolgt die Abfuhr im Jahr 2026 zu früheren Zeitpunkten als im Vorjahr, sodass sich der bisherige Einzahlungsanstieg (+226 Mio. EUR) im Gesamtjahr wieder ausgleichen wird. Besonders starke Zuwächse verzeichneten bisher die Lohnsteuer, die Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge und die Veranlagte Einkommensteuer sowie im Bereich der Verbrauchs- und Verkehrsabgaben die Umsatzsteuer, die Grunderwerbsteuer und die nationale CO₂-Bepreisung.

Im August von besonderer Relevanz ist die Entwicklung der Körperschaftsteuer und der Veranlagten Einkommensteuer. Das Aufkommen aus der **Körperschaftsteuer** von Jänner bis August 2026 lag um 1,2 % hinter dem Vorjahresaufkommen zurück. Laut Bundesministerium für Finanzen (BMF) waren die laufenden Vorauszahlungen in etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Etwas geringere Veranlagungsergebnisse für die Vorjahre und höhere Ausgaben für die Forschungsprämie dämpften die Aufkommensentwicklung. Das Aufkommen aus der **Veranlagten Einkommensteuer** war in diesem Zeitraum um 156 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Die laufenden Vorauszahlungen nahmen zu, gegenläufig wirkten geringere Ergebnisse aus Veranlagungen der Vorjahre und etwas höhere Auszahlungen im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung.

Die **Abüberweisungen** stiegen im Vorjahresvergleich kräftig an und waren von Jänner bis August 2026 um 1,8 Mrd. EUR bzw. 6,2 % höher als im Vorjahr. Der Anstieg war vor allem auf die höheren Ertragsanteile an die Länder (+5,3 %) und die Gemeinden (+6,9 %) zurückzuführen, wobei sich deren Dynamik zuletzt verlangsamt hat. Verstärkt hat sich hingegen im August der Zuwachs beim EU-Beitrag. Von Jänner bis August 2026 verzeichnete er einen Anstieg um 15,1 %, der im weiteren Jahresverlauf noch zunehmen dürfte.



Der bisherige Budgetvollzug deutet darauf hin, dass das im BVA 2026 **veranschlagte Aufkommen** aus den Bruttoabgaben deutlich überschritten wird. Da auch die Abüberweisungen über dem BVA 2026 liegen werden, dürfte es in der UG 16-Öffentliche Abgaben insgesamt nur zu einer leichten Voranschlags-überschreitung kommen.

2 Gesamtstaatliche Haushaltsentwicklung 2026

Gemäß den Ende September 2026 von Statistik Austria veröffentlichten Quartalsdaten betrug der **gesamtstaatliche Maastricht-Saldo** im ersten Halbjahr 2026 -11,1 Mrd. EUR und fiel damit um 2,6 Mrd. EUR besser aus als im ersten Halbjahr 2025. Bei einem Vorjahresvergleich ist jedoch zu beachten, dass das Defizit 2025 wegen der einsetzenden Konsolidierungsmaßnahmen in der zweiten Jahreshälfte vergleichsweise niedriger war. Die Verbesserung aus der ersten Jahreshälfte 2026 wird sich im Vorjahresvergleich daher nicht im gleichen Ausmaß fortsetzen. Außerdem sind die unterjährigen Daten zur gesamtstaatlichen Haushaltsentwicklung noch vorläufig und können im Zuge späterer Datenmeldungen und statistischer Revisionen erheblich verändert werden.

Das BMF hat seine Prognose für das Jahr 2026 anlässlich der statistischen Notifikation Ende September 2026 aktualisiert und die Details am 14. Oktober 2026 im Bericht über wirksame Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits (ÜD-Bericht) 2026 veröffentlicht.¹ Demnach erwartet das BMF für das Gesamtjahr 2026 einen Maastricht-Saldo iHv -22,0 Mrd. EUR bzw. -4,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der damit trotz weiterer Konsolidierungsmaßnahmen um 0,6 Mrd. EUR schlechter ausfallen würde als im Jahr 2025. Aus Sicht des Budgetdienstes ist die aktuelle Defizitprognose für 2026 als eher vorsichtig einzuschätzen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung im ersten Halbjahr 2026 nach Ausgaben- und Einnahmenkategorien sowie die BMF-Prognose für das Gesamtjahr 2026:

¹ Eine ausführliche Analyse des ÜD-Berichts 2026 mit einem Ausblick auf das Jahr 2027 erfolgt zur Vorbereitung der Behandlung im Budgetausschuss Anfang November 2026. Die Darstellung in diesem Abschnitt fokussiert auf das Jahr 2026.



Tabelle 3: Gesamtstaatliche Ausgaben und Einnahmen

	Quartalswerte kumuliert				Jahreswerte			
	2025 1. Halbjahr	2026 1. Halbjahr	Differenz zu 1. Halbjahr 2025		2025	2026 BMF	Differenz zu 2025	
<i>in Mrd. EUR</i>								
Staatenausgaben	138,2	140,9	+2,7	+1,9%	282,7	291,9	+9,2	+3,3%
Arbeitnehmerentgelt	29,3	29,7	+0,4	+1,3%	59,0	60,0	+1,0	+1,7%
Vorleistungen	16,7	17,5	+0,8	+5,0%	35,8	36,8	+1,0	+2,9%
Bruttoinvestitionen	8,1	8,9	+0,8	+10,4%	19,7	22,0	+2,3	+11,8%
Zinsausgaben	3,9	4,3	+0,4	+10,7%	8,2	9,2	+1,0	+12,4%
Monetäre Sozialleistungen	51,4	52,8	+1,4	+2,7%	102,9	106,6	+3,8	+3,7%
Soziale Sachleistungen	12,0	12,8	+0,8	+6,4%	24,0	25,2	+1,2	+5,1%
Subventionen	4,0	3,9	-0,0	-1,0%	8,7	8,8	+0,1	+0,7%
Vermögenstransfers	2,7	1,8	-0,9	-34,3%	5,6	4,3	-1,3	-23,3%
Sonstige Ausgaben	10,2	9,2	-1,0	-9,8%	18,7	18,8	+0,1	+0,6%
Primärausgaben	134,3	136,5	+2,2	+1,7%	274,5	282,7	+8,2	+3,0%
Staatseinnahmen	124,5	129,7	+5,2	+4,2%	261,3	269,9	+8,6	+3,3%
Einkommen- und Vermögensteuern	30,6	31,5	+0,9	+3,1%	71,5	73,8	+2,3	+3,2%
Produktions- und Importabgaben	35,0	36,1	+1,2	+3,4%	72,0	73,9	+1,9	+2,7%
Produktionserlöse	11,7	12,4	+0,6	+5,4%	24,3	25,2	+0,9	+3,7%
Vermögenseinkommen	3,1	3,5	+0,4	+14,4%	5,2	5,8	+0,6	+11,7%
Sozialbeiträge	41,2	43,4	+2,2	+5,3%	83,1	85,8	+2,7	+3,2%
Sonstige Einnahmen	2,9	2,7	-0,2	-6,0%	5,1	5,3	+0,2	+3,8%
Maastricht-Saldo	-13,7	-11,1	+2,6		-21,4	-22,0	-0,6	
Beitrag Bund	-11,4	-12,2	-0,8		-15,5	-16,2	-0,7	
Beitrag Länder (ohne Wien)	0,2	0,9	+0,7		-2,5	-2,7	-0,2	
Beitrag Gemeinden (mit Wien)	-2,7	-1,4	+1,3		-3,1	-2,8	+0,2	
Beitrag SV-Träger	0,1	1,5	+1,4		-0,3	-0,3	+0,0	
Schuldenstand	412,5	438,9	+26,3		418,4	440,3	+22,0	+5,3%

Anmerkung: Schuldenstand jeweils am (Halb-)Jahresende.

Abkürzungen: SV-Träger ... Sozialversicherungsträger, BMF ... Bundesministerium für Finanzen.

Quellen: Statistik Austria, BMF-Prognose 2026 laut ÜD-Bericht 2026.

Die **gesamtstaatlichen Einnahmen** betrugen im ersten Halbjahr 2026 129,7 Mrd. EUR und waren damit um 5,2 Mrd. EUR bzw. 4,2 % höher als im ersten Halbjahr 2025. Das BMF erwartet für das Gesamtjahr eine Verlangsamung des Wachstums auf 3,3 %.

- Der größte Beitrag kam im ersten Halbjahr von den **Sozialbeiträgen** (+2,2 Mrd. EUR bzw. +5,3 %), deren Wachstum unter anderem durch die ab Juni 2025 höheren Krankenversicherungsbeiträge auf Pensionen gestützt wurde. Dieser Vorjahreseffekt entfällt im zweiten Halbjahr. Auch der starke Anstieg der Höchstbeitragsgrundlage um 7,4 % trug zum Anstieg bei. Das BMF erwartet ein Gesamtjahreswachstum von 3,2 %.
- Bei den **Produktions- und Importabgaben** (+1,2 Mrd. EUR bzw. +3,4 %) wirkte sich unter anderem das vor allem inflationsbedingt gestiegene Umsatzsteuer-aufkommen und das höhere Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer aus. Letzteres fließt über die Ertragsanteile überwiegend an die Gemeinden. Das Wachstum der Produktions- und Importabgaben im ersten Halbjahr wurde auch



durch die gegenüber 2025 frühere Entrichtung der Sonderzahlung zur Stabilitätsabgabe² begünstigt. Gegenläufig dämpfen die reduzierte Elektrizitätsabgabe und Mineralölsteuer die Einnahmen. Im zweiten Halbjahr dämpft die Mehrwertsteuersenkung auf ausgewählte Grundnahrungsmittel die Dynamik, während die Paketsteuer ab Oktober zusätzliche Einnahmen bringt. Das BMF erwartet im Gesamtjahr ein Wachstum von 2,7 %.

- ♦ Die **Einkommen- und Vermögensteuern** stiegen um 0,9 Mrd. EUR bzw. 3,1 %. Größere Zuwächse verzeichneten die Lohnsteuer, auch wegen der nur teilweise abgegoltenen kalten Progression, und die Veranlagte Einkommensteuer. In Wien wirkt die Erhöhung des Wohnbauförderungsbeitrags aufkommenssteigernd.
- ♦ Weitere Zuwächse der gesamtstaatlichen Einnahmen betrafen die **Produktionserlöse** (+0,6 Mrd. EUR) und die **Vermögenseinkommen** (+0,4 Mrd. EUR), bei denen vor allem die Ausschüttungen und Gewinnentnahmen³ der Gemeinden einschließlich Wien höher ausfielen als im Vorjahr.

Die **gesamtstaatlichen Ausgaben** stiegen im ersten Halbjahr 2026 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2025 um 2,7 Mrd. EUR bzw. 1,9 % auf 140,9 Mrd. EUR. Das BMF erwartet für das Gesamtjahr eine Beschleunigung des Ausgabenwachstums und einen Anstieg um 9,2 Mrd. EUR bzw. 3,3 %.

- ♦ Die **monetären Sozialleistungen** stiegen im ersten Halbjahr um 1,4 Mrd. EUR bzw. 2,7 %. Für das Gesamtjahr erwartet das BMF auch aufgrund höherer Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung ein stärkeres Wachstum iHv 3,7 %.
- ♦ Die **Arbeitnehmerentgelte** nahmen um 0,4 Mrd. EUR bzw. 1,3 % zu. Im zweiten Halbjahr erhöht sich die Dynamik durch die Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst ab Juli 2026. Das BMF prognostiziert einen Gesamtjahresanstieg iHv 1,7 %.

² Im Bundeshaushalt werden die Einzahlungen den Einkommen- und Vermögensteuern zugeordnet (Tabelle 2), im ESVG 2010 handelt es sich jedoch um eine Produktionsabgabe.

³ Als Gewinnentnahmen der Gemeinden werden statistisch auch die Ergebnisse von Quasikapitalgesellschaften (z. B. Wasser- und Abwasserversorgung sowie Betriebe für die Errichtung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgebäuden) erfasst.



- ♦ Die **Zinsausgaben** nahmen im ersten Halbjahr um 10,7 % zu, für das Gesamtjahr wird ein Anstieg um 12,4 % erwartet (+1,0 Mrd. EUR). Die starken Anstiege resultieren im derzeitigen Zinsumfeld jeweils etwa zur Hälfte aus der Finanzierung der laufenden Defizite sowie der Refinanzierung fälliger Anleihen zu höheren Zinssätzen.
- ♦ Weitere Ausgabenzuwächse betrafen die **Vorleistungen** (+0,8 Mrd. EUR bzw. +5,0 %) und die **sozialen Sachleistungen** (+0,8 Mrd. EUR bzw. +6,4 %). Das BMF erwartet im Gesamtjahr eine Verlangsamung auf Wachstumsraten iHv 2,9 % bzw. 5,1 %. Auch die **Bruttoinvestitionen** (+0,8 Mrd. EUR bzw. +10,4 %) stiegen kräftig, wobei der Anstieg insbesondere auf den Bundessektor (+0,8 Mrd. EUR) und die Länder (+0,2 Mrd. EUR) entfiel, während die Investitionen der Gemeinden einschließlich Wien im Vorjahresvergleich rückläufig waren (-0,2 Mrd. EUR). Für das Gesamtjahr erwartet das BMF einen Anstieg um 11,8 %.
- ♦ Gedämpft wurde die Ausgabendynamik im ersten Halbjahr unter anderem durch den **Rückgang der Vermögenstransfers** (-0,9 Mrd. EUR bzw. -34,3 %), der vor allem aus geringeren Förderzahlungen für die thermisch-energetische Sanierung resultierte. Im Gesamtjahr dürfte sich der Rückgang hier etwas verlangsamen (BMF: -23,3 %).

Auf Ebene der **Teilsektoren** kam es im ersten Halbjahr 2026 insbesondere bei den Sozialversicherungsträgern (+1,4 Mrd. EUR), den Gemeinden einschließlich Wien (+1,3 Mrd. EUR) sowie bei den Ländern ohne Wien (+0,7 Mrd. EUR) im Vorjahresvergleich zu einer Saldoverbesserung, während sich der Maastricht-Saldo des Bundessektors verschlechterte (-0,8 Mrd. EUR). Dazu trugen unter anderem um 2,3 Mrd. EUR höhere innerstaatliche Nettotransfers des Bundes bei. Insbesondere die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden waren aufgrund des hohen Steueraufkommens Ende 2025 und einer günstigeren Zwischenabrechnung vergleichsweise hoch. Bei der Sozialversicherung wirkten sich die bereits im ersten Halbjahr erfolgte Dotierung des Gesundheitsreformfonds sowie die gestiegenen Zuschüsse des Bundes an die Pensionsversicherung positiv aus. Diese Effekte werden sich im zweiten Halbjahr abschwächen. Während die Salden der Länder ohne Wien und der Sozialversicherungsträger im ersten Halbjahr noch positiv ausfielen, erwartet das BMF für das Gesamtjahr in allen Teilsektoren negative Salden (Bund: -16,2 Mrd. EUR, Länder: -2,7 Mrd. EUR, Gemeinden: -2,8 Mrd. EUR, Sozialversicherung: -0,3 Mrd. EUR). Die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspakts 2025 mit einem Defizit von



maximal 4,2 % des BIP im Jahr 2026 werden in der Planung des BMF mit 4,1 % eingehalten. Die leichte Unterschreitung beruht dabei zur Gänze auf einem niedrigeren Defizit von Ländern und Gemeinden.

Der **gesamtstaatliche Schuldenstand** betrug Ende Juni 2026 438,9 Mrd. EUR und lag damit um 26,3 Mrd. EUR über dem Wert am Ende des ersten Halbjahres 2025. Für das Jahresende prognostiziert das BMF einen Schuldenstand von 440,3 Mrd. EUR bzw. 82,4 % des BIP (2025: 80,7 % des BIP).

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die aktuelle BMF-Prognose mit den Prognosen zur Budgeterstellung für 2026 (Mai 2025) und für 2027 bzw. 2028 (Juni 2026).

Tabelle 4: Prognoseverlauf für das Jahr 2026

			Jahr 2026							
	in Mrd. EUR	2024	2025	BMF Mai 2025	BMF Juni 2026	BMF Sep. 2026	Differenz zu Mai 2025		Differenz zu Juni 2026	
							in Mrd. EUR	in %	in Mrd. EUR	in %
Maastricht-Saldo		-23,0	-21,4	-21,1	-22,2	-22,0	-0,9	-	+0,2	-
Bund		-16,7	-15,5	-17,9	-15,7	-16,2	+1,7	-	-0,5	-
Länder		-2,3	-2,5	-1,4	-3,7	-2,7	-1,2	-	+1,1	-
Gemeinden (mit Wien)		-3,1	-3,1	-1,9	-2,2	-2,8	-0,9	-	-0,6	-
Sozialversicherung		-0,9	-0,3	0,1	-0,5	-0,3	-0,4	-	+0,2	-
Schuldenstand		395,0	418,4	438,4	438,2	440,3	+1,9	+0,4%	+2,2	+0,5%
Nominales BIP		499,9	518,2	508,5	528,5	534,1	+25,6	+5,0%	+5,6	+1,0%

			Jahr 2026							
	in % des BIP	2024	2025	BMF Mai 2025	BMF Juni 2026	BMF Sep. 2026	Differenz zu Mai 2025		Differenz zu Juni 2026	
							in %-Punkten	davon BIP-Nenner	in %-Punkten	davon BIP-Nenner
Maastricht-Saldo		-4,6	-4,1	-4,2	-4,2	-4,1	+0,0	+0,2	+0,1	+0,0
Bund		-3,3	-3,0	-3,5	-3,0	-3,0	+0,5	+0,2	-0,1	+0,0
Länder		-0,5	-0,5	-0,3	-0,7	-0,5	-0,2	+0,0	+0,2	+0,0
Gemeinden (mit Wien)		-0,6	-0,6	-0,4	-0,4	-0,5	-0,2	+0,0	-0,1	+0,0
Sozialversicherung		-0,2	-0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,0	+0,0	+0,0
Schuldenstand		79,0	80,7	86,2	82,9	82,4	-3,8	-4,1	-0,5	-0,9

Abkürzungen: BIP ... Bruttoinlandsprodukt, BMF ... Bundesministerium für Finanzen, Sep. ... September.

Quellen: Statistik Austria, BMF, ÜD-Bericht 2026.

Im **Vergleich zur BMF-Prognose vom Juni 2026**, die der Budgeterstellung 2027 und 2028 zugrunde lag, erwartet das BMF nun ein um 0,2 Mrd. EUR geringeres Maastricht-Defizit. Auch in Relation zum BIP fällt das Defizit um 0,1 %-Punkte niedriger aus. Während für den Bundessektor und die Gemeinden einschließlich Wien um 0,5 Mrd. EUR bzw. 0,6 Mrd. EUR höhere Defizite erwartet werden, verbessern sich die Prognosen für die Länder und die Sozialversicherungsträger um 1,1 Mrd. EUR bzw. 0,2 Mrd. EUR. Trotz des geringer prognostizierten Defizits soll der Schuldenstand Ende 2026 um 2,2 Mrd. EUR höher ausfallen als im Juni erwartet. Dies ist vor allem auf veränderte Annahmen zur Stock-Flow-Anpassung sowie auf den um



0,3 Mrd. EUR nach oben revidierten Schuldenstand 2025 zurückzuführen.⁴ Aufgrund des nun höher prognostizierten nominellen BIP soll die Schuldenquote mit 82,4 % des BIP dennoch um 0,5 %-Punkte niedriger ausfallen als im Juni erwartet (BIP-Nenner-Effekt: -0,9 %-Punkte).

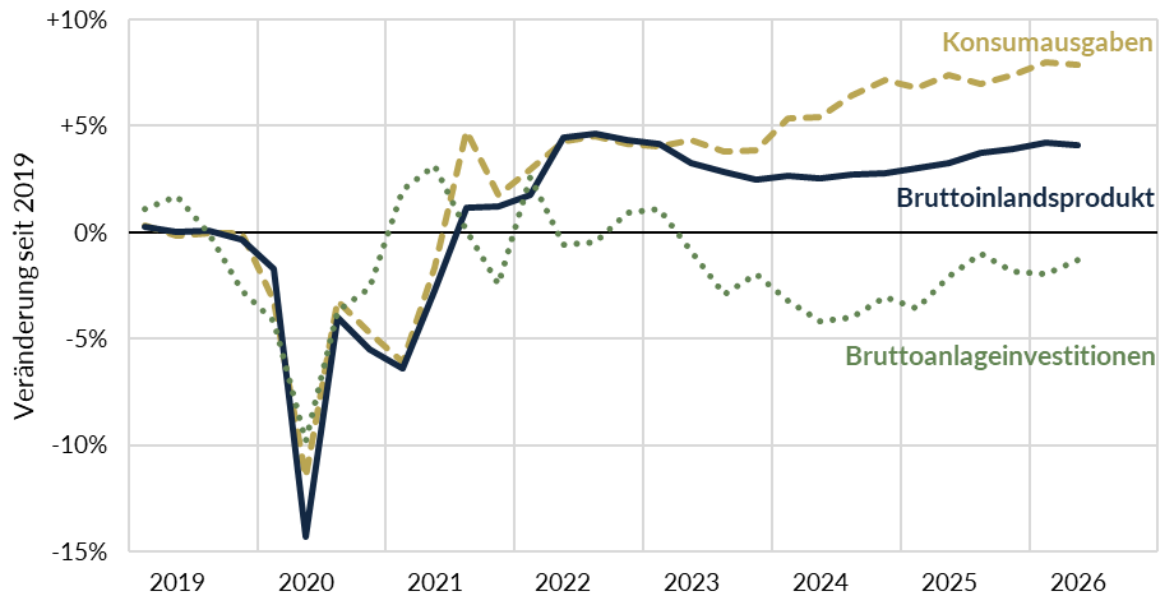
3 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

3.1 Aktuelle Konjunkturentwicklung

Nach einem Rückgang des realen BIP im Jahr 2023 zeigen die aktualisierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) von Statistik Austria, dass es bereits seit Beginn des Jahres 2024 bis zum 1. Quartal 2026 zu einem durchgehenden Wachstum des BIP kam. Diese kontinuierliche leichte konjunkturelle Erholung wurde im 2. Quartal 2026 unterbrochen, wobei die aktuellen Zahlen gemäß Österreichischem Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) noch zukünftigen Revisionen unterworfen sein werden und somit mit starker Unsicherheit behaftet sind. Die folgende Grafik zeigt die reale (inflationsbereinigte) Veränderung des BIP, der Konsumausgaben (privat und öffentlich) und der Bruttoanlageinvestitionen gegenüber dem Jahresdurchschnitt (2019):

⁴ Aufgrund der Bruttobetrachtung des Schuldenstands können auch Faktoren, die den Maastricht-Saldo nicht beeinflussen, zu einer Veränderung des Schuldenstands führen. Dazu zählen insbesondere Veränderungen der Liquiditätshaltung, Finanztransaktionen sowie Periodenabgrenzungen. Diese Effekte werden in der Stock-Flow-Anpassung zusammengefasst.

Grafik 1: Reale Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Konsumausgaben und Bruttoanlageinvestitionen seit 2019



Quelle: Statistik Austria (saison- und arbeitstagsbereinigte Quartalsdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)).

Während der leichte BIP-Anstieg 2024 vor allem auf Steigerungen des öffentlichen Konsums zurückzuführen war, trugen speziell im 2. und 3. Quartal 2025 die Bruttoanlageinvestitionen zum Wachstum bei.

Im ersten Halbjahr 2026 setzte sich die konjunkturelle Erholung zwar fort, fiel jedoch vor allem aufgrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs deutlich zurückhaltender aus. Während das reale BIP im 1. Quartal 2026 gegenüber dem Vorquartal noch dem Vorjahrestrend entsprechend zulegen konnte (+0,3 %), kam es im 2. Quartal zu einem leichten Rückgang um 0,1 %. Ein Anstieg der Investitionen dämpfte dabei die Reduktionen beim privaten und öffentlichen Konsum. Insgesamt war die reale Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2026 um 1,0 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die aktualisierten Zahlen von Statistik Austria zeigen, dass dieser Anstieg durch Wachstum in den drei Bereichen Bruttoanlageinvestitionen, privater Konsum und öffentlicher Konsum zu Stande kam, während der Außenbeitrag um 1,6 % abgenommen hatte.

Die aktuelle Konjunkturprognose des WIFO beinhaltet aktualisierte Daten von Statistik Austria zu den VGR. Diese Daten zeigen, dass die Rezession 2024 mit -0,3 % deutlich milder ausgefallen ist als bisher angenommen (-0,7 %). Diese Anpassung ist dabei auf ein höheres Wachstum des privaten Konsums (+1,3 % statt +1,0 %) und einen weniger starken Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen (-2,4 % statt -4,3 %)



zurückzuführen. Diese starke Anpassung zieht eine leichte Adaptierung der Zahlen für 2025 nach sich. Hier wird ein Wirtschaftswachstum von 0,7 % ausgewiesen (bisher 0,8 %). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung wesentlicher volkswirtschaftlicher Kennzahlen seit 2023 sowie die Ergebnisse der WIFO-Prognose für 2026 vom März 2025 (Grundlage für den BVA 2026) und der aktuellen Prognose vom Oktober 2026:

Tabelle 5: Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Veränderungen ggü. Vorjahr in %	2023	2024	2025	2026	
				Budgeterstellung (März 2025)	Aktuell (Stand Okt. 2026)
Bruttoinlandsprodukt					
Real	-0,7	-0,3	+0,7	+1,2	+0,9
Nominell	+6,8	+4,2	+3,6	+3,3	+3,1
Nominell, absolut in Mrd. EUR	480	500	518	508	534
Konsumausgaben					
Privatkonsum, real	-0,1	+1,3	+0,5	+1,4	+0,4
Privatkonsum, nominell	+7,9	+4,8	+3,1	+3,4	+3,8
Privatkonsum, nominell in Mrd. EUR	248	260	268	271	278
Öffentlicher Konsum, real	+0,2	+3,8	+2,0	+0,6	+1,1
Sparquote der privaten Haushalte in %	8,9	11,5	9,7	9,4	8,4
Bruttoanlageinvestitionen, real	-1,7	-2,4	+1,4	+1,8	+0,8
Außenhandel					
Exporte, real	-0,4	-1,9	+1,3	+1,7	+2,3
Importe, real	-4,2	-2,5	+2,8	+2,1	+1,6
Arbeitsmarkt					
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+1,2	+0,2	+0,2	+0,8	+0,5
Arbeitslosenquote					
Nationale Definition	6,4	7,0	7,4	7,1	7,6
in % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Eurostat	5,1	5,2	5,7	5,2	6,0
in % der Erwerbsbevölkerung					
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+8,4	+7,4	+3,8	+3,2	+2,1
Inflationsrate - VPI in %	7,8	2,9	3,6	2,1	3,3
Zinssatz (Jahresdurchschnitt) in %					
Kurzfristig	3,4	3,6	2,2	2,4	2,5
Langfristig	3,1	2,8	3,0	3,2	3,5

Abkürzungen: ggü. ... gegenüber, Okt. ... Oktober, VPI ... Verbraucherpreisindex.

Quellen: WIFO-Prognosen vom März 2025 und Oktober 2026, Statistik Austria.

Für das Jahr 2026 erwartet das WIFO in seiner aktuellen Prognose vom Oktober 2026 ein Wachstum des **realen BIP** um 0,9 %. Die Wachstumsrate entspricht der letzten Prognose vom Juni 2026 und liegt um 0,3 %-Punkte unter der Prognose zum Zeitpunkt des BVA 2026. Allerdings ging das WIFO damals noch von einer rückläufigen Wirtschaftsleistung 2025 aus. Das Institut für Höhere Studien (IHS) geht in seiner aktuellen Prognose vom Oktober 2026 mit 0,8 % weiterhin von einem



ähnlich hohen realen BIP-Wachstum wie das WIFO aus. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet in ihrer Prognose vom September 2026 hingegen eine niedrigere Wachstumsrate (+0,5 %). Das nominelle BIP wurde für 2024 und 2025 um 6 Mrd. EUR bzw. 4 Mrd. EUR nach oben revidiert. Nachdem die aktuelle Prognose für 2026 gegenüber der vom Juni um nur 1 Mrd. EUR erhöht wurde, sank die erwartete Wachstumsrate um 0,4 %-Punkte auf 3,1 %. Weil es sich bei den Preissteigerungen teilweise um importierte Inflation handelt, schlägt sich diese nicht zur Gänze auf die Wertschöpfung und damit auf das nominelle BIP durch.

Die Prognosen zu den Wachstumsraten des realen Privatkonsums und des öffentlichen Konsums erhielten nur kleine bzw. keine Anpassungen und liegen bei 0,4 % bzw. 1,1 %. Im Vergleich zu den Prognosen vom März 2025 wächst der private Konsum schwächer bzw. der öffentliche Konsum stärker als erwartet. In der Entwicklung des nominellen Privatkonsums schlägt sich der Anstieg der Energiepreise nieder, die in der WIFO-Prognose vom Juni 2026 noch nicht in diesem Ausmaß erwartet worden waren. Der nominelle Privatkonsum soll 2026 mit 3,8 % um 0,4 %-Punkte stärker wachsen als in der dem BVA 2026 zugrunde gelegten Prognose und um 0,2 %-Punkte stärker als im Juni prognostiziert. Die Sparquote geht dabei auf erwartete 8,4 % zurück.

Bei den **realen Bruttoanlageinvestitionen** wird für das Jahr 2026 ein Wachstum um 0,8 % erwartet. Dies bedeutet zwar eine Revision nach unten im Vergleich zur Prognose von Juni 2026 und eine noch stärkere Verschlechterung im Vergleich zur Prognose vom März 2025, ist aber durch die Revision der Bruttoanlageinvestitionen des Jahres 2025 nach oben begründet. Der Anstieg seit 2024 ist nach aktueller Prognose höher als bei der Erstellung des BVA 2026 angenommen und höher als noch im Juni 2026 prognostiziert. Für den Bereich der Bauten wird weiterhin ein Rückgang (-0,6 %) erwartet. Das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen ist daher auf das Wachstum der Ausrüstungen (+2,0 %) und sonstiger Anlagen (überwiegend geistiges Eigentum; +1,7 %) zurückzuführen.

Im Bereich des **Außenhandels** revidierte das WIFO seine Juni-Prognose deutlich. Anstatt einer Verschlechterung des Außenbeitrags erwartet das WIFO nun eine deutliche Verbesserung. Die realen Exporte sollen mit 2,3 % stärker wachsen als die Importe (+1,6 %). Der Anstieg der realen Exporte liegt somit auch über der im BVA 2026 erwarteten Wachstumsrate von 1,7 %.



Auch auf dem **Arbeitsmarkt** sind die negativen Auswirkungen der weiterhin unsicheren geopolitischen Lage spürbar. Das WIFO bestätigt weitestgehend seine Prognosen vom Juni 2026. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten soll sich im Jahr 2026 um 0,5 % erhöhen, die Lohn- und Gehaltssumme um 2,1 % steigen und die Arbeitslosenquote auf 7,6 % anwachsen.

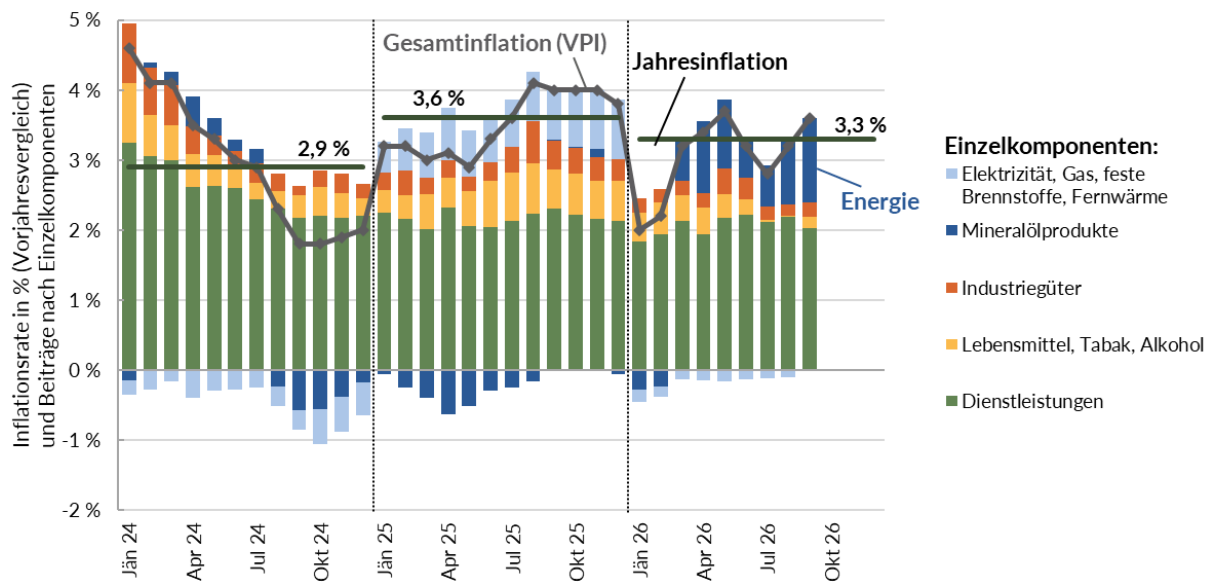
Die Prognose für die **Inflationsrate** im Jahr 2026 wurde auch im Oktober weiter nach oben auf nun 3,3 % korrigiert (Prognose Juni: 3,2 %). Dies ist vor allem auf die stark gestiegenen Energiepreise zurückzuführen. Insbesondere sind hier die Preissteigerungen der Weltmarktpreise für Rohöl und verarbeitete Mineralölprodukte zu beachten. Einen konstant hohen Beitrag zur Inflation liefern außerdem Preissteigerungen für Dienstleistungen. Gegenläufig dämpfen weiterhin die Senkung der Elektrizitätsabgabe, die Maßnahmen zur Reduktion der Treibstoffpreise sowie die seit Juli 2026 gültige Senkung der Mehrwertsteuer auf ausgewählte Grundnahrungsmittel die Preisentwicklung (siehe Pkt. 3.2).

Für die langfristigen **Zinsen** wird für das Jahr 2026 ein Anstieg um 0,5 %-Punkte auf 3,5 % gegenüber 2025 erwartet. Im bisherigen Jahresverlauf sind die Renditen langfristiger österreichischer Staatsanleihen von 3,1 % im Jänner auf 3,4 % im August angestiegen (siehe Pkt. 3.3). Auch die kurzfristigen Zinsen sollen 2026 mit 2,5 % höher ausfallen als 2025.

3.2 Entwicklung der Verbraucherpreise

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Inflationsentwicklung seit 2024 und gibt den Beitrag der einzelnen Teilkomponenten an:

Grafik 2: Inflationsrate (VPI) und Beiträge nach Einzelkomponenten



Abkürzungen: Apr ... April, Jän ... Jänner, Jul ... Juli, Okt ... Oktober, VPI ... Verbraucherpreisindex.

Quelle: Statistik Austria.

Nachdem die Inflationsrate von Juli auf August bereits von 2,8 % auf 3,2 % zugenommen hatte, setzte sich der Anstieg im September laut Schnellschätzung von Statistik Austria weiter fort und die Inflationsrate erreichte 3,6 %. Der Anstieg ist weitestgehend auf die höhere Steigerung der Energiepreise zurückzuführen, welche um 14,5 % höher waren als im September 2025. Im August und Juli war die Preissteigerung noch bei 9,9 % bzw. 5,7 %. Insbesondere spiegeln sich die weiterhin angespannte Lage im Iran-Krieg und im Ukraine-Krieg im Preisniveau von Diesel und Benzin wider. Für Mineralölprodukte betrug die Inflationsrate bereits im August 28,7 %. Die um mehr als das doppelte angestiegenen Preise an der Börse für Erdgas (TTF) im Jahresvergleich von August schlugen sich bisher nur in geringem Ausmaß im VPI für Gas nieder. Dieser war im August 2026 lediglich um 7,9 % höher als im August 2025.

Die übrigen Inflationskomponenten verblieben auf ähnlichem Niveau der Monate Juli und August. Die Inflationsrate liegt für Industriegüter bei 0,7 %, für Dienstleistungen bei 4,2 % und für Lebensmittel, Tabak sowie Alkohol bei 1,0 %. Die Senkung der Umsatzsteuer auf ausgewählte Nahrungsmittel wirkte ab Juli dämpfend auf die



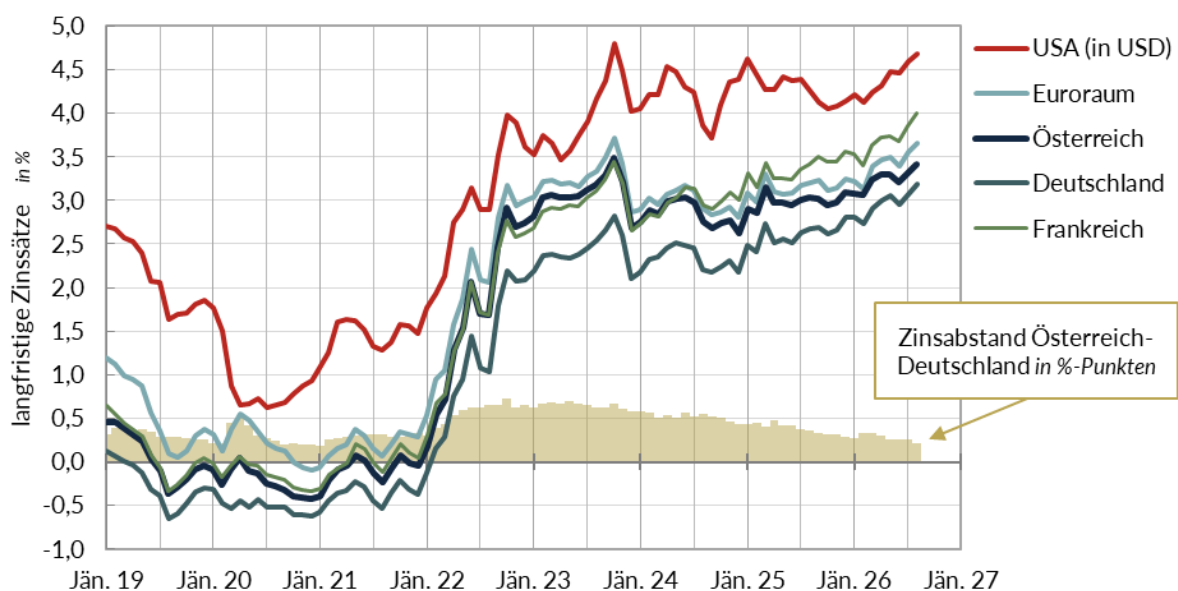
Inflationsrate. Der Preis für Lebensmittel war im August 2026 um 0,3 % niedriger als im Vergleichszeitraum 2025. Die Preisabnahme war allerdings geringer als im Jahresvergleich für Juli, in welchem die Statistik eine Reduktion um 0,5 % ausweist. Für die Gesamtjahresinflation 2026 passte das WIFO im Oktober seine Prognose auf 3,3 % an. Dies entspricht einem Anstieg um 0,1 %-Punkte im Vergleich zur Prognose vom Juni 2026.

3.3 Zinsentwicklung

Die Zinsentwicklung in Österreich wird maßgeblich durch die **Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)** beeinflusst. Nach der stufenweisen Erhöhung des Leitzinssatzes im Juni und September von 2,15 % auf 2,4 % bzw. 2,65 % folgte bisher keine weitere Erhöhung.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Renditen langfristiger österreichischer Anleihen (Laufzeit: zehn Jahre) am Sekundärmarkt im Vergleich zum Euroraum, zu Deutschland, zu Frankreich und zu den USA seit dem Jahr 2019:

Grafik 3: Entwicklung der langfristigen Zinssätze



Abkürzungen: Jän. ... Jänner, USD ... US-Dollar.

Quelle: Oesterreichische Nationalbank.

Die **Rendite langfristiger österreichischer Anleihen** (Laufzeit: zehn Jahre) betrug im Jahr 2025 durchschnittlich 2,99 % und war damit um 0,15 %-Punkte höher als im Jahr 2024. Der bereits im ersten Halbjahr 2026 beobachtete Anstieg der Renditen von etwas über 3 % auf knapp 3,3 % setzte sich weiter fort und die Rendite lag im August



bei 3,41 %. Der Anstieg im August entsprach dem Anstieg im Euroraum bzw. lag unter dem Anstieg der Renditen deutscher Anleihen. Der **Zinsaufschlag Österreichs zu Deutschland** sank mit 0,22 %-Punkten wieder auf einen Wert, der zuletzt im Jänner 2021 unterschritten wurde. Im Gegensatz dazu stieg der Zinsaufschlag französischer Anleihen seit 2024 an.

Im September setzte sich der allgemeine Zinsanstieg fort und österreichische Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von etwa 10 Jahren wurden zu einer Durchschnittsrendite von 3,57 % emittiert. Bis Ende September stieg die Rendite dieser Anleihen auf über 3,8 % und verblieb im Oktober größtenteils über 3,7 %. Die Rendite französischer Anleihen stieg bis auf 4,9 %.

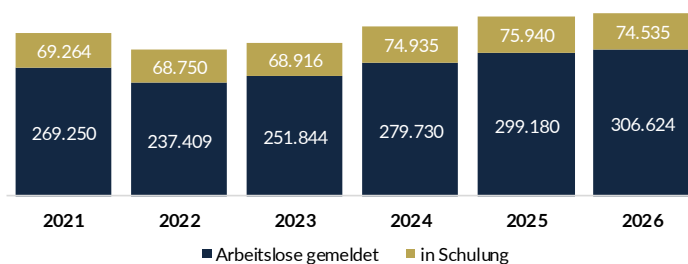
3.4 Arbeitsmarktentwicklung

Die nachfolgende Grafik zeigt die aktuelle Entwicklung der Arbeitslosen und Schulungsteilnehmenden im September 2026 im Vergleich zu den Vorjahren:

Grafik 4: Arbeitsmarktlage im September 2026

Arbeitslose und Schulungsteiln. im Sep. 2026, abs. und VÄ ggü. Sep. d. VJ in %

338.514	306.159	320.760	354.665	375.120	381.159
-17,2%	-9,6%	+4,8%	+10,6%	+5,8%	+1,6%



Arbeitslose (inkl. Schulungsteiln.) im Sep. 2026, abs. und VÄ ggü. Sep. d. VJ in %

Männer	Frauen	Inländ.	Ausländ.	15-24 J	25-49 J	ab 50 J
192.729	188.430	223.106	158.053	63.372	214.550	103.237
-2%	+5%	+4%	-2%	-1%	+1%	+6%

Arbeitslosenquote (nat. Def.) Sep. 2026: **7,1%** Sep. 2025: **7,0%**

Bundesländer, im Sep. 2026
Arbeitslose (inkl. Schulungsteiln.)
abs. und VÄ ggü. Sep. d. VJ in %

Bgld	9.832	+4%
Ktn	18.462	+1%
NÖ	56.613	+7%
OÖ	47.860	+2%
Sbg	14.647	+3%
Stmk	45.771	+5%
Tirol	18.226	+4%
Vbg	13.780	+5%
Wien	155.968	-2%

Abkürzungen: abs. ... absolut, Aug. ... August, Ausländ. ... Ausländerinnen und Ausländer, Bgld ... Burgenland, d. ... des, ggü. ... gegenüber, inkl. ... inklusive, Inländ. ... Inländerinnen und Inländer, J ... Jahre, Ktn ... Kärnten, nat. Def. ... nationale Definition, NÖ ... Niederösterreich, OÖ ... Oberösterreich, Schulungsteiln. ... Schulungsteilnehmende, Sbg ... Salzburg, Sep. ... September, Stmk ... Steiermark, VÄ ... Veränderung, VJ ... Vorjahr, Vbg ... Vorarlberg.

Quellen: AMIS, Arbeitsmarktservice (AMS).



Die für August berichteten Zahlen setzen sich im September in ähnlichem Maße fort. Im September 2026 waren 381.159 Personen **arbeitslos oder in Schulung**, was einem Anstieg um 1,6 % gegenüber dem September des Vorjahres entsprach. Damit setzte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit weiter fort, auch wenn dieser zuletzt abschwächte. Wie bereits im August ist die Zahl der Arbeitslosen und Schulungsteilnehmenden dabei vor allem bei Frauen, Inländerinnen und Inländern sowie Personen über 50 Jahren angestiegen, während bei Männern bzw. bei Ausländerinnen und Ausländern die Zahl um jeweils 2 % gesunken ist. Außer in Wien kam es in allen Bundesländern zu einem Anstieg. Die Arbeitslosenquote war im September 2026 mit 7,1 % um 0,1 %-Punkte höher als im September des Vorjahres.

Bei der Zahl der **offenen Stellen** setzte sich die rückläufige Entwicklung weiter fort. Von Jänner bis September 2026 waren durchschnittlich 76.627 sofort verfügbare offene Stellen beim Arbeitsmarktservice (AMS) gemeldet. Das waren um 4.512 Stellen bzw. 5,6 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, wobei sich der Rückgang zuletzt verlangsamt hat. Die beim AMS gemeldeten Stellen bilden dabei allerdings nur einen Teil des Stellenmarkts in Österreich ab. Aktualisierte Daten für das 3. Quartal der Offenen-Stellen-Erhebung von Statistik Austria sind noch nicht verfügbar, allerdings zeigen die Daten des ersten Halbjahres 128.250 offene Stellen, was einem Rückgang um 22.746 Stellen bzw. 15,1 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.



Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AMS	Arbeitsmarktservice
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
bzw.	beziehungsweise
ESVG 2010	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
EUR	Euro
exkl.	exklusive
EZB	Europäische Zentralbank
IHS	Institut für Höhere Studien
iHv	in Höhe von
inkl.	inklusive
KIG	Kommunalinvestitionsgesetz(e)
LWA-G	Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
ÖBAG	Österreichische Beteiligungs AG
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
Pkt.	Punkt(e)



ÜD-Bericht	Bericht über wirksame Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits
UG	Untergliederung(en)
v. a.	vor allem
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
VPI	Verbraucherpreisindex
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
z. B.	zum Beispiel



Tabellen- und Grafikverzeichnis

Tabellen

Tabelle 1:	Budgetvollzug Jänner bis August 2026 im Überblick.....	3
Tabelle 2:	UG 16-Öffentliche Abgaben.....	7
Tabelle 3:	Gesamtstaatliche Ausgaben und Einnahmen	10
Tabelle 4:	Prognoseverlauf für das Jahr 2026	13
Tabelle 5:	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	16

Grafiken

Grafik 1:	Reale Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Konsumausgaben und Bruttoanlageinvestitionen seit 2019.....	15
Grafik 2:	Inflationsrate (VPI) und Beiträge nach Einzelkomponenten.....	19
Grafik 3:	Entwicklung der langfristigen Zinssätze	20
Grafik 4:	Arbeitsmarktlage im September 2026.....	21